



## Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Doris Raucher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD**

**Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer I:  
Regelmäßige Erhebung der Lebenssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in ihrem „Bericht zur sozialen Lage in Bayern“ ein Kapitel über die Lebenssituation von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern aufzunehmen. Die Daten sollen als Grundlage für Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation dieser Bevölkerungsgruppen dienen und daher Antworten insbesondere auf folgende Fragen liefern:

1. Wie beurteilen lesbische Frauen, Transgender und schwule Männer ihre persönliche Lebenssituation? Welche Rolle spielt dabei das Coming-out als lebenslanger Prozess?
2. (Wie) Erleben Transgender, schwule Männer und lesbische Frauen Diskriminierung oder Gewalt wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität?
3. Wodurch erfahren lesbische Frauen, schwule Männer und Transgender Unterstützung beim Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität?
4. Welchen speziellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität äußern Transgender, lesbische Frauen und schwule Männer für die Lebensbereiche Familie, Schule, Arbeitsleben, ehrenamtliches Engagement, Sport und Pflege?

## Begründung:

Die Würde des Menschen ist untrennbar mit dem Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit verbunden. Dabei ist jeder Mensch als soziales Wesen auf die Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angewiesen. Wechselseitiger Respekt und die Wahrung der eigenen Identität sind hierfür grundlegend, so dass Gemeinschaft in unterschiedlichen Bindungen, im Privaten wie auch im Beruf und in Vereinen gelebt werden kann. Nur wer von seinen Mitmenschen und vor dem Recht als gleichwertig anerkannt wird, kann sein Leben selbstbestimmt gestalten und seine Potenziale entfalten. Diskriminierung und Gewalt wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität einer Person widersprechen den fundamentalen Prinzipien von Selbstbestimmung und freier Entfaltung der Persönlichkeit. Der Staat hat die Pflicht, diese Prinzipien auch für Transgender, lesbische Frauen und schwule Männer zu gewährleisten. Er muss entsprechende Maßnahmen ergreifen und sich zu diesem Zweck auf valide Daten stützen.

Verschiedene nationale und internationale Studien haben sich mit dem Anteil homosexueller Menschen an der Bevölkerung beschäftigt. Zusammenfassend gehen Fachexpertinnen bzw. Fachexperten davon aus, dass fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung homosexuell, also lesbisch oder schwul sind. Damit liegt die Häufigkeit homosexueller Menschen in der Bevölkerung in einer ähnlichen Größenordnung wie der Anteil an Menschen mit einer Pflegebedürftigkeit (2,9 Prozent) oder Behinderung (13 Prozent) oder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit (8,3 Prozent). Diesen Bevölkerungsgruppen widmet der „Bericht zur sozialen Lage in Bayern“ bereits jetzt jeweils ein eigenes Kapitel. Der Anteil von Transgendern an der Bevölkerung wird von der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität auf etwa ein Promille geschätzt.

Empirische Untersuchungen über die Lebenssituation von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern stehen vor besonderen Herausforderungen, weil es sich dabei um sogenannte Hidden Populations handelt. Das bedeutet, dass die genaue Größe der zu untersuchenden Bevölkerungsgruppe nicht bekannt ist, keine repräsentative Stichprobe gezogen werden kann und daher auch keine Aussagen über die Grundgesamtheit aller lesbischen Frauen, schwulen Männer und Transgender gemacht werden können. Auch in Deutschland gibt es inzwischen eine Reihe von empirischen Einzeluntersuchungen, die mit dieser prinzipiellen Problematik pragmatisch

umgehen und aus denen klare Schlussfolgerungen für politisches Handeln abzuleiten sind (exemplarisch: Claudia Krell / Kerstin Oldemeier: Coming-out – und dann...?! Deutsches Jugendinstitut 2015; Landeshauptstadt München: Unterm Regenbogen – Lesben und Schwule in München, 2004). Daten über die Le-

benssituation von lesbischen Frauen, schwulen Männern und Transgendern sollten aber regelmäßig und mit jeweils vergleichbarer Methodik erhoben und ausgewertet werden. Aus diesem Grund ist eine Aufnahme des Themas in den „Bericht zur sozialen Lage in Bayern“ erforderlich.